



Nr. 15

26. April 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

10. GdS-Gewerkschaftstag

[Sozialversicherung: Silberbach fordert nachhaltige Finanzierung](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Brandenburg

[Besoldung: Appell zur Übernahme des Tarifergebnisses](#)

Hamburg

[Behörden fehlt immer mehr Personal](#)

Nordrhein-Westfalen

[Feuerwehrlaute kämpfen um Erhalt der Altersgrenze](#)

Schleswig-Holstein

[Wegen Redeverbot: dbb sh boykottiert Arbeitnehmerempfang des Landes](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Neues „Schulbarometer“ zeigt dringenden Handlungsbedarf](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Beschäftigte stimmen Tarifabschluss mit Deutscher Bahn zu](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

10. GdS-Gewerkschaftstag

Sozialversicherung: Silberbach fordert nachhaltige Finanzierung

Die Beschäftigten der Sozialversicherungen sorgen in einer Welt im Wandel für Stabilität. Damit das so bleibt, darf sich die Politik bei Reformen nicht im Klein-Klein verlieren.

„Für eine zukunftsfeste Sozialpolitik müssen endlich nachhaltige Fortschritte bei den Pflegefinanzen, der Stabilisierung der Rente, im Arbeitsschutz und bei der Krankenhausreform erzielt werden“, forderte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach auf dem 10. Gewerkschaftstag der GdS (Gewerkschaft der Sozialversicherung) am 23. April 2024 in Magdeburg. Den dbb frustrierte es, „immer auf nachhaltige Reformen zu drängen und als Ergebnis eine Mini-Reform zu erhalten, die gerademal die größten Löcher stopft.“ Als Beispiele nannte Silberbach das Rentenpaket II, die Kranken- und Pflegeversicherung und die Arzneimittelversorgung. „An die wirklich großen Räder hat sich die Politik noch nicht herangetraut oder sie werden – wie bei der Krankenhausreform – durch ungeschicktes Taktieren zerredet“, kritisierte Silberbach.

In seinem Grußwort nahm der dbb Chef auch Bezug auf „Wir machen Zukunft“, das Motto des GdS-Gewerkschaftstags. Zukunft zu machen, werde mit zunehmender Ungewissheit immer mehr zur Herausforderung. Silberbach: „Die Krisen unserer Zeit haben uns in aller Deutlichkeit gelehrt, dass sich die Welt von dem einen auf den anderen Tag gehörig ändern kann. Umso mehr müssen wir uns absichern und die notwendigen Weichen stellen.“ Dabei sei eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Sozialversicherung in vielerlei Hinsicht unerlässlich, auch gerade, um die Träger der Sozialversicherung personell aufgabengerecht aufzustellen. „Die Sozialversicherung ist die wichtigste Institution unserer sozialen Sicherung. Diese Sicherung ist besonders wertvoll in einer Welt, die vom Wandel und einer zunehmenden Ungewissheit geprägt ist“, erklärte Silberbach und lobte die Arbeit der Beschäftigten und ihrer Fachgewerkschaft GdS:

„Ihr seid die Expertinnen und Experten und stellt Euer geballtes Wissen und Eure langjährige Erfahrung zur Verfügung. Damit seid Ihr wichtige Ansprechpartner für die Politik und gestaltet die Zukunft der Sozialpolitik mit. Dafür gebührt Euch großer Dank!“

Im Rahmen des Gewerkschaftstags wurde der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Maik Wagner zum Bundesvorsitzenden der GdS wiedergewählt. Er sagte: „Die Sozialversicherung ist der Stabilitätsanker für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Wer dies ignoriert und die Sozialkassen durch unzureichende Finanzierung und mangelhafte Personalausstattung ausbluten lässt, verkennt ihre immens wichtige Rolle für die Demokratie und den sozialen Frieden in Deutschland.“ Bei der Beitragsbelastung der Versicherten sei längst das Ende der Fahnenstange erreicht. „Es kann nicht sein, dass die Politik fortlaufende Kostensteigerungen oder beispielsweise auch die Investitionskosten für die weitere Digitalisierung der Sozialversicherung zunehmend auf die Beschäftigten abwälzt.“

Der auf dem Gewerkschaftstag neu gewählte GdS-Bundesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: GdS-Bundesvorsitzender: Maik Wagner (AOK Sachsen-Anhalt); Stellv. GdS-Bundesvorsitzende/r: Oliver Bönecke (IKK classic), Elke Janßen (DRV Rheinland) und Uwe Primus (AOK NordWest); Weitere Bundesvorstandsmitglieder: Ines Prell (SVLFG), Melanie Scheffler (DRV KBS), Sven Both (BG BAU), Michael Schwick (Agentur für Arbeit Dresden), Tanja Brüggemann (AOK Niedersachsen), Matthias Krick (AOK Rheinland-Pfalz/Saarland), Klaus Kirmaier (DRV Bayern Süd) und Andreas Freundt (AOK Baden-Württemberg).

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Brandenburg

Besoldung: Appell zur Übernahme des Tarifergebnisses

Der dbb brandenburg hat die Landtagsfraktionen aufgerufen, das Ergebnis der Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf Besoldung und Versorgung zu übertragen – der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht das nicht vor.

„Der eingebrachte Gesetzentwurf stellt derzeit nicht die innerhalb der Attraktivitätsgespräche vereinbarte wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses vom 10.12.2023 auf die Landesbeamtinnen und Landesbeamten dar“, heißt es in einem Appell des dbb Landesbundes an die Abgeordneten. „Um insbesondere

die unteren Besoldungsgruppen nicht zu benachteiligen, appellieren wir an die Fraktionen und Gruppen des Brandenburger Landtages, sich für die vereinbarte wirkungsgleiche Übernahme einzusetzen und entsprechende Änderungsanträge zum Gesetzentwurf einzubringen.“

Hamburg Behörden fehlt immer mehr Personal

Der dbb hamburg sieht sich durch die Antworten des Senats auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion in seiner Position bestärkt, dass mehr gegen den Personalmangel im öffentlichen Dienst unternommen werden muss. 4236 Stellen sind demnach derzeit unbesetzt. Das sind rund 190 Stellen mehr als vor einem Jahr.

„Da jede unbesetzte Stelle dazu führt, dass Aufgaben verlagert werden müssen, führt diese zu höherem Arbeitsdruck und Mehrbelastungen bei den verbliebenen Kolleginnen und Kollegen. Auf lange Sicht hat dieses dann in vielen Fällen gesundheitliche Auswirkungen, die dann zu weiteren Ausfällen führen. Damit stehen dann aber noch weniger Ressourcen zur Verfügung, um die Aufgaben zu erledigen. Um diesen Wirkungskreis zu durchbrechen, müsste es höchste politische Priorität sein, die vorhandenen Stellen auch zu besetzen“, sagte dbb Landeschef Thomas Treff am 23. April 2024.

Als Maßnahmen, um die Personalbindung und die -gewinnung zu verbessern, schlägt der dbb hamburg amtsangemessene Alimentation und konkurrenzfähige Entgelte, bessere Personalentwicklungsperspektiven, moderne Arbeitszeitmodelle, eine wertschätzende Führungskultur, aufgabengerechte Arbeitsmittel und Räumlichkeiten sowie Digitalisierung zur Entlastung der Beschäftigten vor. Treff: Die Zahlen belegen, dass der hamburgische öffentliche Dienst derzeit auf dem Arbeitsmarkt in seiner Attraktivität stagniert. Sicherlich gibt es in vielen Bereichen Aktivitäten zur Personalgewinnung, aber uns fehlen seitens des Senats zentrale Ansätze bei der Besoldung und eine stringenterere Steuerung bei bestimmten Themen.“

Nordrhein-Westfalen Feuerwehrlaute kämpfen um Erhalt der Altersgrenze

Feuerwehrbeamtinnen und -beamte aus ganz NRW protestierten am 22. April 2024 erneut vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die geplante Anhebung der Altersgrenze von 60 Jahren auf 62 Jahren.

Zeitgleich fand im Landtag eine Anhörung zum Gesetzentwurf statt, bei der Vertreter der komba gewerkschaft als Sachverständige vertreten waren. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ist auch aus Sicht des DBB NRW eine große Enttäuschung für alle Feuerwehrbeamtinnen und -beamten. Während der Anhörung im Landtag machten die Kolleginnen und Kollegen daher ihrem berechtigten Unmut über das Vorhaben der Politik vor dem Landtag lautstark Luft.

Nach Ansicht komba gewerkschaft ist nicht sicher, dass eine höhere Altersgrenze dem Fachkräftemangel entgegenwirken würde. Im Gegenteil wäre sogar zu erwarten, dass dadurch mehr Kolleginnen und Kollegen in den frühzeitigen Ruhestand eintreten und zugleich erhebliche Einbußen in der Pension hinnehmen müssten. Gerade bei Berufsfeuerwehren in kleineren Kommunen sei es aus personellen und dienstplanerischen Gründen zudem kaum möglich, „ältere“ Kolleginnen und Kollegen aus dem körperlich anspruchsvollen Einsatzdienst herauszuhalten.

Schleswig-Holstein

Wegen Redeverbot: dbb sh boykottiert Arbeitnehmerempfang des Landes

Der dbb schleswig-holstein (dbb sh) hat die Einladung des Ministerpräsidenten Daniel Günther zum Arbeitnehmerempfang der Landesregierung am 24. April 2024 ausgeschlagen, weil der Spitze des dbb Landesbundes wie bereits zuvor keine Möglichkeit für einen inhaltlichen Beitrag eingeräumt werden sollte.

Diese Möglichkeit sollte demnach nur der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bekommen. dbb Landeschef Kai Tellkamp machte deshalb deutlich: „Wenn die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei diesem Format eine derart untergeordnete Rolle spielen soll, macht eine Teilnahme für uns als darauf spezialisierter Spitzenverband keinen Sinn.“

Nach Einschätzung des dbb Landesvorstandes hat die Landesregierung damit die Chance verpasst, bei einem Arbeitnehmerempfang die Aufmerksamkeit auch auf die Arbeit des öffent-

lichen Dienstes zu lenken und einen Austausch über Praxisprobleme zuzulassen. Dabei sei es die Landesregierung, die bisher versäumt habe, die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver und damit im Wettbewerb um Arbeitskräfte konkurrenzfähiger zu machen. „Zum Beispiel ist das sture Festhalten an der 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte nicht mehr zeitgemäß und nach Überzeugung des dbb sh eine wahre Bremse für dringend benötigte Bewerbungen“, erklärte Tellkamp. Durch das Redeverbot für den dbb Landesbund vermeide man aber natürlich die Gefahr, mit dieser Realität konfrontiert zu werden.

dbb Bildungsgewerkschaften

Neues „Schulbarometer“ zeigt dringenden Handlungsbedarf

Für die aktuelle Ausgabe des „Deutschen Schulbarometers“ der Robert-Bosch-Stiftung wurden Ende 2023 insgesamt 1.608 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland befragt. Der Deutsche Philologenverband (DPPhV) und den Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern angesichts der Ergebnisse konkrete politische Maßnahmen.

„Es ist erschütternd, dass so viele Lehrkräfte im Alltag verschiedene Formen von Gewalt erleben müssen. Dies ist allerdings ein gesamtgesellschaftliches Problem, nicht nur eines in den Schulen. Leider bestätigt das Schulbarometer auch weitere negative Entwicklungen, die wir schon seit Jahren anmahnen: beispielsweise den durch zu geringe Einstellungsquoten mitverschuldeten Lehrkräftemangel oder den maroden Zustand vieler Schulen. Dies alles führt zu zusätzlichem Stress für Lehrkräfte und ihre Schüler und Schülerinnen“, sagte die DPPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 24. April 2024. Die von den Lehrkräften klar kommunizierten Probleme dürften nicht länger ignoriert werden. Marode Schulgebäude würden keinen modernen Unterricht erlauben und die zunehmende Gleichmacherei der Schulformen erhöhe die Heterogenität und überfordere Lernende wie Lehrende. „Statt weiter bildungspolitischen Wunschvorstellungen nachzuhängen, muss die Politik endlich die Realitäten wahrnehmen: ein vielgliedriges Schulsystem hilft, den Erfordernissen jedes einzelnen Lernenden besser gerecht zu werden, und jeder Euro für die Sanierung unserer

Schulhäuser ist eine echte Investition in die Zukunft.“ Durch die Ergebnisse der Studie werde die Politik zudem erneut ermahnt, ihre Verantwortung für bessere und langfristige Fort- und Weiterbildungsangebote mit entsprechend guten Rahmenbedingungen für Lehrkräfte zu übernehmen.

Für den VBE erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende Tomi Neckov: „Die Desillusionierung greift hart um sich. Allerorten erleben wir eine ausgeprägte Ambivalenz. Auf der einen Seite sind die Lehrkräfte hoch motiviert und wollen für ihre Schülerinnen und Schüler alles geben. Auf der anderen Seite sind sie demotiviert, weil zu wenig Personal auf marode Schulbauten und fehlende digitale Infrastruktur trifft. Die enormen Herausforderungen werden durch gesellschaftliche Tendenzen hin zur Verrohung von Sprache, Umgangsformen und Verhalten noch verstärkt. So entsteht eine unheilvolle Kombination, in der Konflikte gewaltvoll eskalieren.“ Die einzelnen Landesministerien seien aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Attraktivität des

Berufs zu steigern: „Wir müssen Druck rausnehmen aus dem System. Nicht alles, was in Gesellschaft schiefläuft, kann in Schule gelöst werden. Das führt zu einer Überforderung. Wir müssen uns auf das Kerngeschäft konzentrieren: lehren und erziehen. Deshalb müssen

Lehrkräfte und Schulleitungen zeitnah von Verwaltungsarbeiten entlastet werden. Zudem braucht es weiteres Personal an Schule, am besten unterschiedlicher Professionen, sodass gemeinsam die besten Fördermöglichkeiten für die Schülerin und den Schüler umgesetzt werden können.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **Beschäftigte stimmen Tarifabschluss mit Deutscher Bahn zu**

Die Mitglieder der GDL haben den Tarifabschluss mit der Deutschen Bahn AG (DB), der Transdev GmbH und acht Personaldienstleistern angenommen. Bei der zweiten Urabstimmung waren bei der DB 77 Prozent, in den Transdev-Unternehmen 88 Prozent und bei den Personaldienstleistern 96 Prozent dafür.

„Wir sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis der Urabstimmung, denn es zeigt klar und deutlich die Stimmungslage unserer Mitglieder auf: Einerseits herrscht große Freude über einen historischen Tarifabschluss, der vor allem mit der schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche über den Eisenbahnbereich hinaus starke Strahlkraft auch auf andere Branchen hat. Andererseits sind die GDL-Mitglieder wütend auf den Arbeitgeber DB, der ihnen diese tariflichen Verbesserungen durch die willkürliche Anwendung des Tarifeinheitsgesetzes (TEG) eiskalt vorenthält“, erklärte der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky am 25. April 2024.

Die DB sei der einzige Arbeitgeber, der das TEG anwendet, so Weselsky weiter. Außerdem hätten DB-Manager sogar Betriebe trotz

entsprechender Mehrheiten nicht der GDL zugeordnet und deren Mitgliedern damit ihre tarifvertraglichen Rechte entzogen. „Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der DB AG sind frustriert, weil sie an den Errungenschaften, die die GDL für ihre Mitglieder erkämpft hat, nicht teilhaben dürfen“, so Weselsky. „Für jene, die fälschlicherweise den Betrieben der anderen Gewerkschaft zugeordnet wurden, gibt es weder eine Arbeitszeitabsenkung noch eine Entgelterhöhung und vor allen Dingen keine Planungssicherheit zu Ruhetagen und Urlaubszeiten. Dieser unhaltbare Zustand muss beendet werden.“ Es müsse eine gesellschaftliche Diskussion über die Sinnhaftigkeit des „eindeutig gescheiterten“ TEG geben.

Namen und Nachrichten

Nach vier Verhandlungsrunden sind die Tarifvertragsparteien **dbb** und KAV Hessen am 24. April 2024 zu einer für beide Seiten fairen und gut vertretbaren Lösung für den Kommunalen Nahverkehr gekommen. Diese sieht unter anderem eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 39 Stunden auf 38,5 Stunden ab 1. Januar 2025 und ab dem 1. Januar 2026 auf 38 Stunden vor sowie die Einführung einer neuen Erfahrungsstufe. Weitere Infos gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Der **dbb Hessen** trauert um seinen Tarifausschussvorsitzenden Heinrich Roßkopf, der am 22. April 2024 im Alter von nur 67 Jahren in Stockstadt am Rhein verstorben ist. Heinrich Roßkopf leitete seit 2015 den Tarifausschuss

des dbb Hessen und engagierte sich unter anderem in mehreren Einkommensrunden mit großem Engagement sehr erfolgreich für die Belange der Tarifbeschäftigten in Hessen. Seit 2015 gehörte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifausschusses auch der Landesleitung des dbb Hessen an. In seiner Heimatgewerkschaft, der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbediensteten VDStr., war er von 2007 bis 2015 stellv. Landesvorsitzender und von 2015 bis 2022 deren Landesvorsitzender. 2022 wurde er dann zum Landesehrenvorsitzenden der VDStr. Hessen gewählt. Dem Bundesvorstand der VDStr. gehörte er von 2007 bis 2022 an, ab 2015 war er Mitglied im geschäftsführenden Bundesvor-

stand. Von 2005 bis 2022 war Heinrich Roßkopf Mitglied bzw. Vorsitzender des örtlichen Personalrats beim damaligen Amt für Straßen- und Verkehrswesen (später Hessen Mobil) in Darmstadt, außerdem stellv. Vorsitzender des Bezirks- bzw. später Gesamtpersonalrat bei Hessen Mobil. Auch in der Kommunalpolitik engagierte er sich über viele Jahre zum Wohl der Allgemeinheit. So war er u. a. viele Jahre Vorsitzender der CDU in Stockstadt am Rhein. Für seine Tätigkeiten in der Kommunalpolitik, in der Gewerkschaft und im Personalrat wurde er 2017 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet. „Der dbb Hessen ist Heinrich Roßkopf zu großem Dank verpflichtet. Wir verlieren einen hoch geschätzten Kollegen, einen Gewerkschafter im besten Sinne und einen eng verbundenen Freund. In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen, wir trauern mit ihnen“, hieß es am 23. April 2024 vom dbb Landesbund.

Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer** (GDL) hat am 23. März 2024 in Erfurt mit dem zuständigen Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V. (AGVDE) einen Tarifabschluss für die Erfurter Bahn GmbH (EB) und die Süd Thüringen Bahn GmbH (STB) erzielt, der für die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in den beiden Unternehmen werthaltige Verbesserungen beinhaltet. „Das Verhandlungsergebnis zwischen GDL, EB und der STB stellt erneut unter Beweis, dass die Absenkung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter und die 35-Stunden-Woche ohne Entgeltreduzierung für die Zukunft der richtige Weg sind“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Welsky. „Mit diesen Tarifabschlüssen sind inzwischen 39 Eisenbahnunternehmen mit uns auf einem historischen Weg, der neue Perspektiven in der Mitarbeiterakquise, aber auch der Bindung von vorhandenen Arbeitnehmern verspricht. Das ist ein Tarifergebnis, welches mehr denn je auch Werbung für lohnenswerte Arbeit in Bahnberufen mit hohen Anordnungen macht.“ Die inzwischen marktüblichen Verbesserungen der Einkommensbedingungen werden demnach in zwei Schritten bis Januar 2025 umgesetzt und darüber hinaus die Arbeitsbedingungen durch eine stufenweise Absenkung der Arbeitszeit auf die 35-Stunden-Woche ohne Entgeltkürzung ausgestaltet. Weitere Elemente sind etwa die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie in voller Höhe von 3.000 Euro sowie weitere Erhöhungsschritte bei den dynamisierten Zulagen.

Bei den Personalratswahlen hat der **BDZ** (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft) die

absoluten Mehrheiten verteidigen und ausbauen können. „Das ist ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis – mein aufrichtiger Dank gilt allen Wählerinnen und Wählern sowie den Wahlvorständen für ihren Einsatz. Und natürlich ein großes Dankeschön an alle unseren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Wahlkampf, die zu diesem großartigen Ergebnis beigetragen haben“, sagt der BDZ-Bundesvorsitzende und HPR-Spitzenkandidat Thomas Liebel am 24. April 2024. Der BDZ will die genaue Stimm- und Sitzverteilung in Kürze gesondert bekanntgeben. Weitere Infos gibt es unter bdz.eu.

Auf der Frühjahrskonferenz des VRFF Bundesvorstands hat die Mediengewerkschaft sich intensiv mit der politischen und sozialen Lage im Land auseinandergesetzt. Im Zuge dessen wurde eine Resolution beschlossen, um klar Stellung zu beziehen. „In Anbetracht des Erstarkens von Kräften, die unsere Demokratie in Frage stellen und angreifen, bekennen wir, die Mediengewerkschaft VRFF, uns zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die die Gründungsmütter und Gründungsväter in unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vor 75 Jahren niedergelegt haben. Wir, die VRFF, setzen uns mit unserer Arbeit nicht nur für die Interessen ihrer Mitglieder, sondern auch für die Einhaltung der im Grundgesetz verbrieften Grundrechte, für den respektvollen Umgang im gesellschaftlichen Miteinander sowie für den Schutz der Menschenrechte ein. Aus diesem Grund verurteilen wir jede Form von Extremismus“, heißt es darin einleitend. Den vollständigen Text gibt es unter vrff.de.

Der bundesweite Aktionstag Girls' Day und Boys' Day gibt auch in diesem Jahr wieder viele Jungen und Mädchen die Gelegenheit für Einblicke in die Berufswelt. Der **Verband Deutscher Realschullehrer** (VDR) begrüßt den Aktionstag, der dieses Jahr am 25. April 2024 stattfindet, als eine zielführende Initiative zur Förderung der klischeefreien beruflichen Orientierung junger Menschen. „Die Berufsorientierung steht in unseren Schularten ganz oben auf der Agenda. Sie ist fest im Schulprofil verankert und sorgt dafür, dass unsere Schülerinnen und Schüler regelmäßig im Unterricht, in Projekten und Praktika das Zusammenspiel von Theorie und Praxis erfahren sowie frühzeitig in Kontakt mit der regionalen Wirtschaft kommen“, betonte der VDR Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender. „Wir ermutigen alle Schulen und Unternehmen, sich aktiv an

diesem Tag zu beteiligen und den jungen Menschen die Chance zu geben, ihre Potenziale zu entfalten und neue Erfahrungen zu machen.“
